

Die Zeichen stehen auf Konfrontation statt Kooperation

Aranka Szabo

Das 7. Bremer Symposium zur Sicherheit, ausgerichtet von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), widmete sich einer zukünftigen Friedens- und Stabilitätsordnung für Europa in Anbetracht des Ukrainekrieges. Sicherheitspolitische Europa- und Russlandexperten betrachteten aus verschiedenen Perspektiven die geopolitische Lage und zeichneten ein düsteres Bild für eine perspektivisch kooperative Sicherheitsordnung Europas mit Russland.

Reiner Schwalb, Verteidigungsattaché an der Deutschen Botschaft in Moskau (2011-2018), beschrieb zunächst die Veränderungen in der russischen Politik, Strategie und Denkweise, insbesondere seit dem Jahr 2014. So sind unter anderem die Streitkräfte zugunsten der Verteidigung und „Out of Area“-Einsätze reformiert worden, erklärte der jetzige Vizepräsident der GSP. Auch das russische Selbstverständnis hat sich verändert. Die patriotische Erziehung und Propaganda führten zu dem Glauben: „Wir sind wieder gut.“ Gestärkt werde das Selbstverständnis durch die Stabilität, die der russische Präsident Wladimir Putin, den Menschen im Land gebracht hat. Neben der inneren Stabilität ist die Sicherheit nach außen Ziel der nationalen Sicherheitsstrategie Russlands. Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und das Transatlantische Bündnis (NATO) werden dabei als Gefahr und Bedrohung gesehen. Insbesondere durch das Heranrücken der militärischen Infrastruktur der NATO an das russische Staatsgebiet und die Dislozierung ihrer militärischer Kontingente.

Verhandlungen, aber zu welche Bedingungen?

Hier sieht der Russlandkenner aber Ansatzpunkte für Lösungen. Die russische Föderation hat immer wieder deutlich gemacht, dass Belarus, die Ukraine, Moldawien, Armenien, Georgien und Aserbaidschan („BUMAGA“) nicht Mitglied der NATO werden dürften. Reiner Schwalb: „Eine kooperative Sicherheit mit Russland scheitert so lange, wie wir nicht genau definieren, wie wir mit diesen „BUMAGA“-Staaten umgehen wollen.“ Im Ukrainekrieg sieht der Referent bei Russland einen

Fotos GSP



Dipl.-Politologin Ricarda Steinbach, Moderatorin; Brigadegeneral a. D. Reiner Schwalb, Prof. Dr. Thomas Jäger und David McAllister (v. l. n. r.), am Mikrophon Peter Radig, Landesvorsitzender Niedersachsen und Bremen

„Kulminationspunkt im Angriff“ erreicht, gefolgt von einem Strategiewechsel zugunsten einer nicht zulässigen Kriegführung mit der Bombardierung ziviler Infrastruktur. Für die Zukunft prophezeite er Verhandlungsangebote Russlands. Wenn, dann sollte die Ukraine die zentrale Rolle übernehmen und China nicht der Vermittler sein.

Fronten statt Gemeinsamkeit stehen auf der Tagesordnung

Russland wolle sich wieder als Großmacht etablieren, erklärte Margarete Klein von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und „die Macht sein, welche die Spielregeln bestimmt“. So vertrete Russland zum Beispiel die Ansicht, dass die Souveränität der Post-Sowjet-Staaten begrenzt sei. Die Drohung mit und der Einsatz von militärischer Gewalt gehören zur russischen Außenpolitik. Der Krieg gegen die Ukraine sei eine neue Stufe darin, so Klein. Global sieht sich Russland als Pol in einer multipolaren Weltordnung in Augenhöhe mit den USA und China.

Für eine gemeinsame Sicherheitsordnung mit Russland nach dem Krieg fehlten die Voraussetzungen für gleichermaßen anerkannte und effektive Institutionen. Des Weiteren fehlt es an effektiven Mechanismen für die interne Konfliktregelung und das externe Krisenmanagement. Hinzu kommt das Fehlen

einer gemeinsamen Normenbasis. Es gehöre, so Klein, auch zum russischen Selbstverständnis, als Großmacht Regeln brechen zu können und damit durchzukommen. Russlands Ordnungsvorstellungen beinhalten: keine Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO und Rücknahme militärischer Aspekte der NATO-Erweiterungsrunden seit 1999. Die Kernidee sei die Zwei-Teilung der NATO mit einem rein politischen Teil östlich Deutschlands als Pufferzone.



Hans-Peter Bartels, Präsident der GSP, bei der Einführung in die Thematik des Symposiums; die Begrüßung erfolgte durch Ralf Altenhof, Landesbeauftragter Bremen

Nach Meinung der Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der SWP bleiben dem Westen nur wenige Handlungsoptionen. Kooperationsbedarf mit Russland gebe es bei Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VS-BM), Rüstungskontrolle, Abrüstung und bei der Lösung internationaler Konflikte. Wir müssten unsere militärische Resilienz nach außen und im Inneren die Resilienz gegenüber „Sharp Power“ stärken. Diese beinhaltet Desinformation und Propaganda durch Russland mit dem Ziel der gesellschaftlichen Spaltung. Margarete Klein geht zukünftig von einer konfrontativen Sicherheitsordnung in Europa aus. In Russland wird der Kontakt zum Westen unterbunden und die Deutungshoheit bei der russischen Führung bleibt.

Wird Russland wieder eine Großmacht?

Russland kann Großmacht sein, „wenn es Europa dominiert“, meint Thomas Jäger, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität zu Köln. Nach der Fehlannahme, dass die Europäer auf den Angriff auf die Ukraine nicht gemeinsam reagieren würden, blieben Russland nur noch zwei Optionen:

„Entweder Tanker mit Backshop für China zu sein oder sich neu zu orientieren.“ Insgesamt eine für Russland verfahrenere Lage. Dass Russland zu atomaren Waffen greifen könnte, hält er für „Unsinn“, da Russlands Existenz nicht gefährdet sei. Jäger warnte davor, in späteren Verhandlungen „die Büchse der Pandora“ in Form von Territorialfragen zu öffnen. Damit scheitere das Ordnungsmodell der Europäischen Union (EU) und die europäische Idee, dass in Europa keine Grenze mehr mit Gewalt verschoben werden können. Genau das habe Russland mit dem Krieg gewollt. Jäger warnte vor dem Scheitern Europas, dann sei das Ziel Russlands, Großmacht zu sein, erreicht.

Europa ist gefordert aber auch herausgefordert

Der „völkerrechtswidrige, barbarische Invasionskrieg“ Russlands sei ein „frontaler Angriff auf die europäische Sicherheitsarchitektur“, erklärte David McAllister (CDU), der Ausschussvorsitzende für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament in der Keynote des Symposiums. „Unwiderruflich zerstört“ seien die Prinzipien, dass Grenzen unverletzbar sind und das Recht auf nationale Selbstbestimmung

existiert. Für McAllister ist die größte Herausforderung für die EU, wie sie dauerhaft mit Russland umgehen soll. Eine mögliche Russlandstrategie, die Josep Borell, EU-Außenbeauftragter, formuliert hat, beinhaltet u. a. die internationale Isolierung Russlands, Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen und die östlichen Nachbarn massiv zu unterstützen. Die eigene Resilienz gegenüber Propaganda, Fakenews und Cyberangriffe sowie die Kritische Infrastruktur sind zu stärken. Die Zusammenarbeit mit der NATO und wertheähnlichen Partnern ist zu verstärken und schließlich auf ein „anderes Russland zu hoffen“, in dem Demokratie möglich ist. Bis dahin hieße es, weiterhin geeint auf eine Verhaltensänderung der russischen Föderation hinzuwirken und die Ukraine weiterhin massiv zu unterstützen. McAllister: „Wir müssen uns über die Konsequenzen im Klaren sein, wenn sich die Barbarei durchsetzt.“ Die andere große Herausforderung für die EU ist die Volksrepublik China. McAllister zitierte sinngemäß aus der NATO-Strategie: China sei das einzige Land, das den Willen sowie über die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Mittel verfüge, die globale Ordnung umzugestalten.

In eigener redaktioneller Verantwortung.

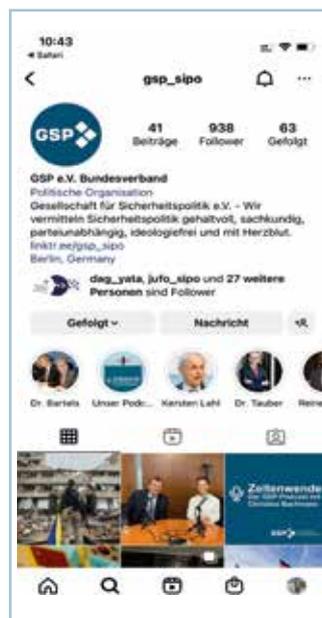
Die Gesellschaft im Netz: Block, Twitter, Instagram und YouTube



mitsicherheitkontrovers.de



twitter.com/GSPsipo



instagram.com/gsp_sipo



youtube.com/channel/UCDCua3OJ65UHU-47HaXN8-uw

